

Lange Tradition des Sozialabbaus

Wie der Sozialstaat bereits seit Jahrzehnten zerschlagen wird und welche Rolle dabei die Sozialdemokratie spielt. Heute beruft sie sich gerne auf die Errungenschaften der 1970er und versucht sich im Wahlkampf als „Partei der Arbeit“ darzustellen. Doch Sozialabbau gibt es nicht erst seit der schwarz-blauen Regierung und der Wirtschaftskrise. **Seite 2**

USA: Sozialismus immer populärer

Ein Jahr nach seiner Wiederwahl ist Obamas Popularität gering. Frust und Enttäuschung über das Zwei-Parteiensystem an sich steigen. Es gibt eine wachsende Offenheit für sozialistische Ideen, sozialistische KandidatInnen gewinnen an Unterstützung. Nach mehreren Jahren Krise ziehen die Menschen Schlussfolgerungen, die den Herrschenden nicht gefallen. **Seite 12**

Schwerpunkt

Die SLP tritt bei den Nationalratswahlen an. Eine ausführliche Erklärung von Forderungen und Programm und der Frage „warum überhaupt antreten“ findet sich im Schwerpunkt. **Seiten 7-10**



VORWÄRTS

SLP
Sozialistische LinksPartei

Normalpreis € 1,-
Solipreis € 2,-

Die Sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 221 | 09.2013

Weg mit den Parteien der Reichen!

Es gibt viele Gefühle bei dieser Wahl (und damit ist nicht die pseudo-Liebe eines HC gemeint). Wut über die Angriffe auf Löhne und Lebensstandard. Hass angesichts von Korruption und Abgehobenheit von denen da oben. Angst vor weiterer Arbeitslosigkeit. Hoffnung, dass zumindest nichts Schlimmeres kommt. Sehnsucht nach etwas Neuem.

die unter steigenden Preisen stöhnen, vorbei. Die Scheinlösungen der „Opposition“ sind v.a. Phrasen. Tatsächlich haben ja alle Parlamentsparteien in Regional- und Landesparlamenten schon bewiesen, dass sie in der Praxis genauso schlimm sind wie die aktuelle Regierung.

Die Pleiten bei Alpine, dayli und Co. zeigen, was noch vor uns liegt. Die Be-

vertreterInnen und „ExpertInnen“ pochen bereits auf weitere Kürzungen: bei Bildung, Pensionen, Sozialen – also bei jenen, die ohnehin nicht viel Geld haben.

Gleichzeitig werden die Reichen immer reicher und das Parlament macht Politik in ihrem Sinne. Die SLP gehört diesem Club nicht an. Wir wollen keinen Cent von den Reichen, freuen uns aber über Unterstüt-



Am 29. September: Die SLP ist die sozialistische Alternative zum Einheitsbrei. SLP wählen und mit der SLP aktiv werden!

Die Regierungsparteien tun so, als ob sie alles im Griff hätten und in Österreich alles besser wäre als im Rest der Welt. Doch das geht an der Lebensrealität von vielen, deren Job gefährdet oder weg ist oder

hauptung, die Alpine-Pleite wäre gemeistert, ist eine Lüge. Viele der Bauarbeiter haben einen neuen Job – bis zum Winter und bis die aktuellen Aufträge erledigt sind – dann folgt die Arbeitslosigkeit! Wirtschafts-

zung und Spenden von ArbeitnehmerInnen, Jugendlichen und PensionistInnen. Eine Abgeordnete der SLP würde nur ein Durchschnittseinkommen beziehen – wie es z.B. Joe Higgins in Irland, Paul Murphy

im EU-Parlament oder Heidrun Dittrich in Deutschland machen. Die SLP ist Teil jener Bewegungen, die gegen Ungerechtigkeit, Ausbeutung und Armut kämpfen. Wir haben mit dem Einheitsbrei im Parlament und am Stimmzettel nichts zu tun – wir sind eine kämpferische Organisation, die 364 Tage im Jahr aktiv ist – und an einem Tag zur Wahl steht. SLP wählen ist gut – mit uns aktiv werden noch besser!

Sonja Grusch, SLP-Spitzenkandidatin

Kämpfen gegen Politik für Banken und Konzerne:

- 10 Milliarden für Bildung & Soziales
- Superreiche enteignen statt Massenentlassungen
- Sozialabbau bekämpfen Mindestlohn von € 1.700 brutto!
- Mietobergrenze: 10 % des Einkommens!

Der Standpunkt



von Sonja Grusch Enthusiasmus kann keine der Parlamentsparteien im Wahlkampf erzeugen. Nicht verwunderlich – sind sie doch ähnlich in ihren Phrasen und ähnlich grausig in ihrer Politik.

Anders sieht es bei den neuen Listen aus. Teils österreichweit, teils in einzelnen Bundesländern treten neben den alten Parlamentsparteien und den zwei Millionärlisten (Team Stronach und Neos) sieben Listen an. Das zeigt den Wunsch nach etwas Neuem, auch auf dem Stimmzettel. Viele davon sind rechts (EU-Austrittspartei), ultrakonservativ (Christen) oder wirtschaftsliberal (Neos, Piraten). Neu ist aber, dass zumindest drei

Der Wunsch nach etwas wirklich Neuem

Listen antreten, die als links gesehen werden – die KPÖ, der Wandel und die SLP. Dass es keine linke Bündniskandidatur gibt, ist schade. Die SLP hatte 2012 die KPÖ und andere Linke auf ein linkes Wahlbündnis angesprochen und eine linke Konferenz vorgeschlagen. Hätten KPÖ und SLP eine solche Initiative gesetzt, hätten sich wohl auch viele MitstreiterInnen des Wandels beteiligt und damit eine Zersplitterung linker Stimmen verhindert. Leider waren wir nicht erfolgreich. Die SLP kann bei diesen Wahlen nur in Wien gewählt werden – was also in den anderen Bundesländern tun? Die KPÖ ist keine ernsthafte Alternative, der Wandel noch weniger. Die KPÖ beharrt auf ihrem Alleinvertretungsanspruch, akzeptiert nur Bündnisse, die sie dominiert und ist damit ein Hindernis beim Aufbau der so dringend nötigen neuen Partei für ArbeiterInnen und Jugendliche. Der Wandel ist wohl ein eher kurzlebiges Projekt, das teilweise nicht einmal links von den Grünen steht ("Erhöhung des Pensionsantrittsalters bei Frauen sowie des faktischen Antrittsalters"). Eine Stimme für die KPÖ signalisiert allerdings den Wunsch nach einer linken Alternative, als kleineres Übel ist sie wählbar. Damit es eine echte Alternative gibt, kannst du aber in ganz Österreich mit der SLP aktiv werden!

Impressum:
Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien. | Druck: digiDruck.at, 1100 Wien, Herstellungs- und Verlagsort: Wien, | DVR: 08.20202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U Abo-Zahlungen & Spenden: PSK (BLZ 60 000) Kto-Nr. 8812.733



Die Zerschlagung des Sozialstaates

Spätestens seit den 1980er Jahren gibt es in Österreich Sozialabbau – unter aktiver Beteiligung der SPÖ, die mit der kapitalis-

reich nicht ausgenommen war. Profitable Investitionsmöglichkeiten wurden rar, neue mussten her und wurden gefunden: Seit

schen auf der Strecke, die auf die verschlechterten öffentlichen Leistungen angewiesen sind und die privatisierten nicht be-

Die Scheinopposition der SPÖ gegen ÖVP-Vorstöß zum 12-Stunden-Arbeitstag ist Wahlpropaganda.

tischen Zwangsjacke verwachsen ist. Sie sieht UnternehmerInnen als „Herren“ über Jobs an und stellt folglich die Interessen von Beschäftigten hinter jene der Unternehmen. Dass die ÖVP dabei manchmal brutaler vorgeht, ändert daran nichts. Schon in der „Ära Kreisky“ begann die Umverteilung von unten nach oben. Ab den 1980er Jahren kam es international zu einer neoliberalen Wende, von der Öster-

den 1990er-Jahren wird durch die Sozialdemokratie privatisiert sowie der Sozialstaat im Interesse des Kapitals zurechtgestutzt und als profitables Investitionsgebiet zur Verfügung gestellt. Kürzungen von öffentlichen Leistungen, einhergehend mit Forcierung entsprechender privater Modelle sowie Auslagerungen und Privatisierungen, erfolgten in allen Bereichen. Dabei bleiben Men-

zahlen können. Auch sind damit Niedriglöhne, prekäre Arbeitsverhältnisse und schlechte Arbeitsbedingungen für alle ArbeitnehmerInnen verbunden. Die Zerschlagung des Sozialstaates bekam mit der schwarz-blauen Regierung und dann mit Beginn der Wirtschaftskrise jeweils brutalere Ausmaße, begann aber lang davor unter neoliberalen SPÖVP-Regierungen.

Helga Schröder

Zerschlagungen im Gesundheitswesen

In allen öffentlichen Einrichtungen wird seit den 1990ern privatisiert. Ganze Abteilungen von Krankenhäusern wie Küchen, Sterilisation, technisches Service, Reinigung sind auch dort, wo die SPÖ am Ruder ist, längst in privater Hand. Leistungen werden privat vergeben, Abteilungen ausgelagert und wegen Stellenabbau wird auf Leihpersonal zurückgegriffen. Angeblich spart das Kosten. Tatsächlich

führen die Vergaben oft zu Korruption und immer zu Riesenprofiten für UnternehmerInnen sowie zu prekärer schlecht bezahlter Arbeit für die Beschäftigten. Die Gesundheitspolitik sorgt damit für Bereicherung Weniger auf Kosten von Beschäftigten und PatientInnen. Im AKH kämpfen Opfer dieser Politik, die LeiharbeiterInnen der Firma AGO, um ihre Jobs und um Übernahme in die Gemeinde Wien.

Zerschlagungen im Bildungswesen

Im Bildungswesen sehen wir seit den 1990er Jahren eine Anpassung an die Bedürfnisse der Wirtschaft. Öffentliche Schulen und Universitäten werden ausgehungert und private Bildungseinrichtungen forciert. Klassen werden größer, LehrerInnen fehlen. Das neue Dienstrecht wird weitere Verschlechterungen auch für die SchülerInnen bringen. Öffentliche Unis müssen Werbung für Firmen plakatieren, um an Geld zu

kommen, die Lehrinhalte werden an kurzfristig von der Wirtschaft benötigtes Wissen angepasst. Wer es sich leisten kann, schickt seine/ihre Kinder an Elite-Schulen und -Unis. Die Nachhilfeindustrie boomt, Unternehmen freuen sich über billige, nach ihren kurzfristigen Bedürfnissen zurechtgebogene AbsolventInnen und Gratis-PraktikantInnen. Die Verantwortung wird auf LehrerInnen und Eltern abgewälzt.





Regierung schlägt brutal um sich

Die mutige Bewegung der Flüchtlinge hat in der gesellschaftlichen Wahrnehmung mehr bewegt als diverse zivilgesellschaft-

rie an größeren Insolvenzen (Alpine, Dayli & Co.) belegt, dass die Zunahme der Arbeitslosigkeit andere Ursachen hat als Asyl-

gen erheben können, die es am schwersten haben, könnten Teile der „Mehrheitsbevölkerung“ und Schichten der Arbeitneh-

für viele damals überraschend) entfaltet.

Der Wahlkampf ist nicht der einzige Grund für Mikl-Leitners brutalen Angriff auf Asyl-AktivistInnen

liche Projekte der letzten zwei Jahrzehnte. Gleichzeitig hat sie dem bürgerlichen Staat samt aktueller Regierung trotz arg ungleich verteilter Mittel zumindest teilweise Paroli bieten können. Mobilisierungen und das Verbinden der Asylfrage mit dem Erkämpfen sozialer Anliegen sieht das Innenministerium nicht gern; gerade angesichts der weiterhin schwelenden kapitalistischen Krise. Die Se-

suchende und Zuwanderung.

Die Flüchtlingsbewegung ist für die Herrschenden genau deshalb doppelt unangenehm. Der Ton in der „Asyldebatte“ wird nicht mehr allein durch die üblichen Hetzmedien sowie die Presseabteilungen der Systemparteien FPÖ, ÖVP und SPÖ gesetzt. Langfristig ist aber noch etwas anderes wichtiger. Wenn sich diejeni-

merInnen folgen. Zuerst in ihren eigenen Kämpfen, als da wären: Kollektivvertrags-Verhandlungen, Jobabbau, Dienstrechtsverschlechterungen und drohende Angriffe bei Krankenstand, Urlaubsregelungen, 12-Stunden Arbeitstag etc. Von Protest-Einzelbaustellen ausgehend könnte eine Generalisierung der Proteste drohen, so wie es sich im bedeutenden Streikjahr 2003 schlagartig (und

Den helleren Köpfen in SPÖVP, Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung ist klar, dass etwas Derartiges zehn Jahre später aufgrund des fortgesetzten sozialen Zerfalls und dem schmelzenden Grundvertrauen in das etablierte System von größerem Kaliber sein könnte. Deshalb ist mit einer Intensivierung polizeilicher Gewalt sowie politischen/juristischen Versuchen zu rechnen, soziale und Protest-Bewegungen zu kriminalisieren. Dies ist jedoch nicht Ausdruck der Stärke, sondern der Unruhe innerhalb der herrschenden Kreise.

Franz Neuhold

Eine lange Geschichte von Sozialabbau

Privatisierungen: Privatisiert bzw. teilprivatisiert wurden von SPÖVP seit den 1980er Jahren u.a. OMV, Voest, Vamed, Austria Tabak, Post. Trotz mehreren Demonstrationen mit zehntausenden TeilnehmerInnen halten beide Parteien am Privatisierungskurs fest. Allein durch die Teilprivatisierung der OMV entgingen dem Staat 1996-2010 rund 1 Mrd. Euro. Im ehemaligen Kernbereich der Verstaatlichten gingen rund 80.000 Jobs verloren.

Gesundheit: 1996/97: Kürzung des Krankengeldbezugs von 78 auf 26 (bis max. 52) Wochen; Einführung von Selbsthalten für Spitalsaufenthalte, Heilbehelfe und Kuraufenthalte. Letztes Sparpaket: 1,37 Mrd. Euro Kürzung durch Schließung von Abteilungen in Krankenhäusern. Bis 2020 sollen so an die 11 Mrd. eingespart werden. Für diesen Betrag müsste man z.B. die gesamten österreichischen Spitäler für ein Jahr zusperrten.

Bildung: Die MinisterInnen Busek und Gehrler (beide unter einem SPÖ-Kanzler) in den 90-er Jahren: Einführung von Selbsthalten bei Schulbüchern und Freifahrt, LehrerInnen müssen fürs Arbeiten bei Schulveranstaltungen wie Schikursen zahlen, Wiedereinführung der KlassenschülerInnenhöchstzahl auf 35. 1997/98: Schulautonomie bedeutet Selbstverwaltung des Mangels, Schulen werden von Geld aus der Wirtschaft abhängig.

Öffentlicher Dienst: Seit 30 Jahren Hetze gegen angeblich faule und überbezahlte „Beamte“. Anfang der 90er Jahre: Stellenabbau durch Nicht-Nachbesetzung und Wegfall des Kündigungsschutzes. 1997 Einmalzahlungen statt Lohnerhöhung, Streichung von Zulagen, die einen wesentlichen Anteil des Gehalts ausmachen. Verwaltungsreform 2010: 350 Mio. Euro Einsparungen und Streichung von 2900 Planstellen. Nulllohnrunde 2013.

Der rechte Rand

In **Vorarlberg** haben gleich zwei neue rechte Parteien den Wahlantritt dort geschafft. Die „EU-Austrittspartei“ und die „Männerpartei“ haben einiges gemeinsam: Beide machen jeweils eine Ursache für alle Übel verantwortlich und beide haben offene Flanken nach Rechts.

Für die „Männerpartei“ ist DAS Übel die „menschenverachtende Feminismus-Ideologie“. Die „im Gesetz verankerte Benachteiligung von Männern“ und die „der Biologie widersprechende Karriere-Rolle der Frau“ zerstört angeblich die Familie als Basis der Gesellschaft und führt auch zu Wirtschaftskrisen. Die Männerpartei kommt aus der radikalen „Väterrechtsszene“ und es geht ihr eben nicht bloß um Väterrechte, sondern um ein konservatives Weltbild. Mitglieder der Szene werden immer wieder wegen Tötlichkeiten oder Todesdrohungen verurteilt und es kommt auch zur Zusammenarbeit mit der FPÖ.

Die „EU-Austrittspartei“ kennt nur einen Feind, die EUdSSR. Sie allein (und nicht der Kapitalismus) sei verantwortlich für die gehemmte Wirtschaft, Umweltzerstörung etc. und v.a. bedrohe sie „unsere“ Souveränität. Je nachdem, wen in der Partei mensch fragt auch noch viel mehr: Verschwörungstheorien wie z.B. um den „Codex Alimentarius“, eine EU-Richtlinie, die uns angeblich alle vergiften soll, oder die „UN-Agenda 21“, ein Plan, der „bestimmen Mächten“ die Weltherrschaft sichern soll, gehen in der Partei um. Verschwörungstheorien sind nicht nur einfach eine Ablenkung von real existierenden Problemen und ihren Ursachen, sie sind sehr häufig auch ein Einfallstor für Antisemitismus.

Am 11. September 1933 kündigte Bundeskanzler Dollfuß öffentlich das Ende der Demokratie an. Die Gewerkschaften sollten der faschistischen Einheitspartei untergeordnet werden. Von der Sozialdemokratie um Otto Bauer und Karl Renner kam nicht nur kein Widerstand, sondern wieder ein Angebot zur Zusammenarbeit. Obwohl kein direkter Zusammenhang bestand, besetzten am Tag darauf 1.500 steirische Bergleute in Köflach, Fohnsdorf und Leoben Standorte der Österr. Alpine-Montangesellschaft. In den 20er Jahren unterstützte die Alpine-Montan die faschistischen Heimwehren und ab 1933 die Nazis. Die vom Unternehmen

**Frisch gekämpft,
ist halb gewonnen!**

gegründeten „gelben“ Gewerkschaften kontrollierten weite Teile der Betriebsräte. Durch die Weltwirtschaftskrise wurde bei der Alpine Kurzarbeit eingeführt und viele Menschen verloren ihre Jobs. Die Radikalisierung unter den ArbeiterInnen stieg und damit auch der Druck. Die „wilden“ Betriebsbesetzungen hatten so ihren Ursprung auch innerhalb dieser gelben Betriebsgewerkschaften. Mit einem kämpferischen Anspruch gelang es der Linksoption der Sozialdemokratie, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen. Sie sah darin einen Beweis für die zunehmende Radikalisierung und forderten ein Ende der Hinhaltenaktik von Bauer & Co. Das wäre auch das Potenzial gewesen, um den Faschismus zurückzuschlagen. Leider aber ließ sich die Linksoption genauso wie die steirische Streikbewegung von der Parteilührung einlullen und ordnete sich unter. Eine Politik, die unweigerlich in die Niederlage vom 12. Februar führte.

Albert Kropf

BAGS: Rauf mit den Reallöhnen

Bis Ende September haben Betriebsratsvorsitzende Zeit, der Gewerkschaft ihre Lohnvorstellungen für die kommenden Verhandlungen

te Arbeit. Der letzte – zu niedrige – Abschluss wurde nur mit einer Stimme Mehrheit im Verhandlungsteam beschlossen.

Die Lohnverhandlungen im Sozialbereich starten im Jänner. Jetzt ist die Zeit, dafür zu mobilisieren.

gen für den Kollektivvertrag (KV) im Sozial- und Pflegebereich zu unterbreiten. Daraus entwickelt die Gewerkschaft ihre offizielle Forderung, die auf einer Betriebsrätekonferenz im Oktober beschlossen werden soll. Sie sollte aber nur die Untergrenze sein!

Rund 200.000 KollegInnen sind von diesem KV betroffen. Sie leisten oft schwere, niedrig bezahl-

Hier zeigt sich der Druck aus den Betrieben: Die Leute wollen endlich mehr Geld im Börsl sehen! Eine deutliche Steigerung der Reallöhne muss her!

Die Verhandlungen stehen unter dem Vorzeichen weiterer Einschnitte. Sie kommen von der Regierung, werden aber von den ArbeitgeberInnen der Sozialvereine an ihre Beschäftigten weitergegeben. Sie fordern zwar von der Re-

gierung ein höheres Budget, stellen sich bei Lohnverhandlungen aber stur.

Die BetriebsrätInnen, die in den vergangenen Jahren

ter Druck setzen. Auf der Betriebsrätekonferenz im Oktober sollten kämpferische Betriebsräte gemeinsam auftreten. Mit einem gemeinsamen Flugblatt könnten weitere MitstreiterInnen gewonnen werden. Denkbar ist auch eine Veranstaltung kämpferischer Betriebsräte im Anschluss an die Konferenz. „Viele KollegInnen im Sozialbereich haben Angst vor einem Streik“, sagt Herbert Wanko, Betriebsrat und Jugendausbilder. „Doch ein Streik ist nötig, um Verbesserungen zu erreichen. Es gab einen Streik am Krankenhaus Charité in Berlin. Das zeigt: Es ist möglich. Doch darauf müssen wir uns schon jetzt vorbereiten.“

Christian Bunke



Leeres Getöse oder **wirkliche Offensive?**



Zeitgleich mit dem Finale des Nationalratswahlkampfes beginnen die Vorbereitungen für die Herbstlohnrunde. Dabei wird sich zeigen, auf wessen Seite die SpitzengewerkschafterInnen wirklich stehen. Werden sie für die SPÖ wahlkämpfen oder endlich einsehen, dass die Sozialpartnerschaft nicht erst mit dem neuen LehrerInnen-dienstrecht gestorben ist? Werden sie für ihre eigenen Mandate auf SPÖ- und ÖVP-Listen kämpfen – oder

für ordentliche Lohnerhöhungen und damit gegen diese Parteien?

Die offizielle Inflationsrate ist zwar derzeit nicht hoch, doch beträgt die echte Teuerung für Lebensmittel und Wohnen ein Vielfaches. Das bedeutet, dass KV-Abschlüsse weit über der Inflationsrate liegen müssen, damit der Reallohn nicht weiter sinkt.

Die GewerkschafterInnen müssen endlich in die Offensive gehen. Das bedeutet auch, den Wahl-

kampf als eine Zeit zu nutzen, in der die Herrschenden leichter unter Druck zu setzen sind. Wenn die Gewerkschaft also echte Verbesserungen erreichen will, darf sie nicht bis zum 30.9. warten, sondern muss umgehend offensive Forderungen an Unternehmen und Regierung (z.B. für eine generelle, gesetzliche Arbeitszeitverkürzung) stellen und dafür Kämpfe organisieren.

**Herbert Wanko,
Lehrlingsausbilder**

Aktiv in der Flüchtlingsbewegung

Im Sommer stürzte die bisher brutalste Repressionswelle auf die Flüchtlingsbewegung ein. AktivistInnen leisteten gemeinsam mit den Flüchtlingen erbitterten Widerstand, z.B. am 29.7., als die Abschiebewelle begann, vor dem Abschiebegefängnis Rossauer Lände, am Flughafen und selbst im Flugzeug. Die SLP war immer aktiv dabei (und Ziel von Polizeirepression).

Die folgenden Demonstrationen wurden maßgeblich von der SLP initiiert. Auf einer Demonstration organisierten wir konkrete Solidarität aus Gewerkschaftskreisen. Es gab eine Solidaritätsbotschaft der GPA-DJP Jugend und mehrere Beiträge linker BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen und AK-RätInnen. Wir brachten die Idee regelmäßiger Dienstagsdemonstrationen ein und organisierten einige davon. Als Mikl-Leitner bei einer Pressekonferenz ihren tendenziösen Bericht über „Schlepperei“ vorlegte, protestierten auch SLP-AktivistInnen im Ministerium und davor.

Auf der KandidatInnenliste der SLP für die Nationalratswahlen steht u.a. Muhammad Numan, einer der zentralsten Aktivisten der Bewegung. Er zeigt, dass Flüchtlinge nicht nur Opfer, sondern auch politische Akteure sind: „Ich

bin erfreut über die Möglichkeit, auf der Liste der SLP bei den Wahlen antreten zu können und dadurch der Forderung nach Rechten für AsylwerberInnen mehr Aufmerksamkeit zu erteilen. Die SLP ist die einzige Organisation, die von Anfang an an den Protesten beteiligt war und den Kampf der Refugees unterstützt hat.“

Seine Entscheidung, uns bei den Wahlen zu unterstützen, auch wenn er aufgrund der rassistischen Gesetzeslage weder wählen noch gewählt werden kann, reflektiert die konstruktive Rolle der SLP in der Bewegung.

Doch wir unterstützen die Bewegung nicht, um uns zu profilieren. Egal, ob es um Arbeitskämpfe, Bewegungen gegen Bildungsabbau oder Widerstand gegen Rassismus geht: Die SLP unterstützt soziale Kämpfe, weil wir darin das effektivste Mittel sehen, die Verhältnisse zu ändern. Für uns wird Politik nicht nur in Parlamenten, sondern vor allem auf der Straße gemacht. Wir werden den Kampf der Flüchtlinge auch weiterhin unterstützen und nicht leisertreten, um ein paar Stimmen mehr zu erhaschen. Für uns gilt: Vor der Wahl – nach der Wahl: Kein Mensch ist illegal!

Maria Hörtnner



Pro Choice für Abtreibung

Gegen diesen „Marsch der 1000 Kreuze“ fand am selben Tag, dem 25 Juli, die „Pro-Choice“ Demonstration mit Beteiligung der

verteilen. Maßgeblich am „Marsch der 1000 Kreuze“ beteiligte Organisationen wie etwa HLI übten nämlich seit Jahren Psy-

re Gebärfunktion und bedrohen deren Gesundheit und Leben. Ihre Slogans klingen nur scheinbar sozial.

Auch heuer zogen wieder christlich-fundamentalistische AbtreibungsgegnerInnen durch Salzburg.

SLP statt. Unter dem Banner „Frauenrechte verteidigen, AbtreibungsgegnerInnen stoppen“ machten wir gegen den reaktionären Aufmarsch der christlichen FundamentalistInnen mobil. Trotz starker Repression durch die Polizei und 37 Verhaftungen von „Pro-Choice“ DemonstrantInnen, konnten wir bis zur Schlussaktion der FundamentalistInnen Flyer an PassantInnen

choterror auf Frauen aus und stellen eine reale Gefahr für diese dar. Deshalb ist Aufklärungsarbeit nötig, denn jedes Jahr sterben weltweit immer noch Tausende Frauen an falsch durchgeführten Abtreibungen. Dies interessiert die religiösen FundamentalistInnen jedoch überhaupt nicht. Unter dem Vorwand, unschuldige Leben zu schützen, reduzieren sie Frauen auf ih-

Die Polizei konnte zwar heuer die Pro-Choice Demonstration von ihrem Ziel abhalten, die Schlussaktion der FundamentalistInnen zu verhindern. Trotzdem werden wir auch weiterhin das Recht der Frau auf Selbstbestimmung über den eigenen Körper verteidigen und mit sozialen Forderungen verbinden!

Stefan Reifberger

„Hätten Sie Interesse an einer linken Alternative?“

Von 2.–16.7. sammelten wir von der SLP 500 Unterstützungserklärungen, um in Wien zu den Nationalratswahlen antreten zu dürfen. Die AktivistInnen standen dabei täglich mehrere Stunden vor den diversen Bezirksämtern.

Vor Ort fanden viele Diskussionen mit PassantInnen statt. Unsere Forderungen, z.B. „Wohnen darf nicht mehr als 10 % des Einkommens kosten!“ haben viel Zuspruch erhalten.

Viele der Erklärungen wurden von PassantInnen, die uns erst durch Diskussionen kennen gelernt haben, eingereicht. Nebenbei konnten sehr viele Zeitungen verkauft werden. Das Interesse an unserer Arbeit und unseren Inhalten war wirklich groß. Viele sind auf der Suche nach „etwas Neuem“.

Bemerkenswert ist auch, dass wir als erste nicht schwerreiche Partei fertig geworden sind. Aktivismus schlägt Geld! **Sedef Yavuz**

Termin des Monats

17. September: Demo gegen Armut und Arbeitslosigkeit

Am Ende des Wahlkampfs wollen wir noch einmal zeigen, was wir von der etablierten Politik halten, die uns nur Kürzungen, Jobabbau und Arbeitslosigkeit zu bieten hat. Mit einer lautstarken Demonstration werden wir durch die Straßen ziehen und 10 Milliarden für Bildung und Soziales statt für Banken und Konzerne fordern. Sei dabei!

Demonstration

Schluss mit Massenentlassungen und Kürzungen
Holen wir uns das Geld bei den Reichen

Dienstag, 17. September, 18.00 Uhr
Wien 20, Millenniumcity, U6 Handelskai



Der skurrile „Nacktwahlkampf“ von Stro-nach & Strache ist eine boulevard mediale Grauslichkeit. Interessanter ist, von wem sich die Parteien unterstützen und wen sie kandidieren lassen.

In der „Initiative für Bundeskanzler Werner Faymann“ tauchen die vom ORF gut gebuchten Alfons Haider, Harald Krassnitzer oder Felix Dvorak auf. „Wir kämpfen um jeden Arbeitsplatz“ plakatiert die SPÖ – das mag für die Genannten gelten. Gleichzeitig kämpfen zahllose freie ORF-MitarbeiterInnen gegen immer unzumutbarere Arbeitsbedingungen. Und ORF-General Wrabetz wird der SPÖ zugeordnet.

Rote Seitenblicke

Die gleiche Diskrepanz mit Gina Alaba – Mutter „unseres“ David – und „Dancing Star“ Ex-Olympia-Boxer Biko Botowamungu. Dass die SPÖ seit Jahrzehnten das rassistische Fremdenrecht aktiv mitträgt? – Egal. Und weshalb unterstützt der Physiker und „Science Buster“ Werner Gruber die SPÖ, unter deren Regierung das Bildungswesen ausgehöhlt wird? „Wes' Brot ich ess, des' Lied ich sing“?

Während die ÖVP auf prominente UnterstützerInnen oder QuereinsteigerInnen verzichtet (warum wohl?), wartet die FPÖ mit Petra Steger auf: Die Tochter des Ex-Ex-Parteichefs Norbert Steger und mehrfache Basketballmeisterin kandidiert auf Platz zehn der Wiener Landesliste. Lässt sich so die frauenfeindliche Politik der FPÖ echt kaschieren und ein liberales Image zaubern?

Und der „Fränk“ hat den ehemaligen Ö3-Wecker-Moderator Hary Raithofer. Mehr braucht er auch nicht: Der einzige Prominente ist er selbst. **Alexander Svojtko**



Streik & Werksbesetzung – im Kino

Seit einigen Wochen kämpfen „Die Werkstürmer“ auf Kinoleinwänden um die Erhaltung „ihres“ Stahlwerkes, welches nach der Übernahme durch ei-

ner ungewissen Zukunft stehen und von Gewerkschaften im Stich gelassen werden. Wie im echten Leben führt der schmierige Gewerkschafter Ulf Hor-

sen – „Mir is wurscht, was die Belegschaft will!“ (Horvarth) – und versucht, die Arbeiter zurück an die Maschinen zu drängen.

Letztlich nimmt Ange-

„Die Werkstürmer“ ist klar auf ein breites Zielpublikum ausgerichtet, eine klassisch-seichte Liebeskomödie ist es jedoch nicht. Es ist kein Zufall,

„Dass du von der Gewerkschaft bist, ist auch ein Missverständnis!“ – Patrick Angerer

nen Großkonzern vor dem Aus steht. Kern des Films ist der Arbeitskampf den Patrick Angerer (Michael Ostrowski) mit seinen Kollegen führt, begleitet von ein bisschen Fußball und teilweise überschattet von einer Liebesgeschichte. Doch trotzdem: Kaum ein österreichischer Film hat in den letzten Jahren so offen die aussichtslose Situation von ArbeiterInnen gezeigt, wenn diese vor ei-

varth die Lohnverhandlungen abgehoben und bürokratisch – und versagt. Seine Verlobte, symbolisch für kämpferische Schichten der Gewerkschaft, bremst er. Sie (und schließlich auch Angerer) entscheidet sich aber dann für den Kampf.

Firmenboss Geigl taucht unter, die Belegschaft reagiert mit Streik. Währenddessen vertritt die Gewerkschaft die Unternehmensinter-

rer auf Wunsch der Belegschaft an den Verhandlungen teil. Dabei versucht die Konzernführung klarzumachen, dass befristete Verträge und Kürzungen normal und notwendig seien. Wieder will Horvarth Angerer bremsen, was zum Abbruch der Verhandlungen und der Werkschließung führt. Die Belegschaft beschließt, das Werk zu übernehmen und startet die Produktion.

dass gerade in Zeiten der Krise – hunderttausende Menschen stehen ohne Job und Perspektive da – dieses Thema aufgegriffen und mit „ArbeiterInnenselbstverwaltung“ eine Alternative in Aussicht gestellt wird. Außerdem wird klar, dass Arbeitskämpfe auch dann erfolgreich sein können, wenn die Gewerkschaftsführung lieber mit dem Management Mittag isst als streikt. **Gabriel Winkelmüller**

Sportevents: Kommerz statt Widerstand

Die olympischen Sommerspiele in Montreal 1976 wurden von 16 afrikanischen Staaten aus Protest gegen den Apartheidstaat Südafrika boykottiert. Bis zum Fall der Apartheid war Südafrika von den meisten internationalen Sportevents ausgeschlossen. Auch wenn internationaler (Sport-)Boycott nicht überbewertet werden sollte, war er doch Teil der Kampagne gegen die Apartheid.

Auch heute gäbe es Anlässe zu Widerstand und

Boykott, wie bei den Olympischen Spielen in Sotschi – in Russland werden Homosexuelle verfolgt. Aber inanzkräftige Investoren kontrollieren alles. Der Grand Prix in der Diktatur Bahrain wurde 2012 durchgeführt, kurz nachdem man Massenproteste blutig niedergeschlagen hatte (93 Tote, tausende Verletzte). Auch wenn das Olympische Komitee „dazu beitragen will, eine friedlichere und bessere Welt aufzubauen“, hat man kein Problem mit

kriegsführenden Staaten. USA, Großbritannien etc. brachten auch als Besatzungsmächte in Irak und Afghanistan Gold nach Hause.

Das spiegelt die vollständige Kommerzialisierung des Spitzensports wieder. Es geht nicht ums „Dabei-sein“, sondern um Sponsoring, um Werbeverträge und Investitionen. Und da dürfen Menschenrechte nicht im Weg sein.

Georg Maier





Nein zum Chaos des Kapitalismus!

Ein Blick in die Nachrichten genügt, um den alltäglichen Wahnsinn des Kapitalismus zu zeigen: Die Mehrheit der Menschheit lebt in miserablen sozialen Verhältnissen. Wenn sie sich dagegen wehren, werden sie von ihren Regierungen niedergeschossen. Demokratie und Menschenrechte ist für viele Menschen nur ein schöner Traum. Angesichts

Es ist ein System, das aufgrund seiner inneren Widersprüche immer wieder Krisen hervorbringt. Die globale Krise seit 2008 bedroht auch Staaten, die gegen die Krise immun schienen – und ist bereits dabei, auch Österreich zu erfassen. Die Alpine-Pleite, Dayli, Niedermayer, Niemetz – Firmenpleiten häufen sich, die Arbeitslosigkeit steigt. Besonders zynisch ist es daher,

was eventuell auch uns blühen könnte: brutalen Sozialabbau, der das Land um Jahrzehnte zurückwirft. Die Nachkriegsperiode mit ihrem relativen Wohlstand für die ArbeiterInnenklasse war eine Ausnahme. Die herrschende Klasse war aufgrund der Stärke der ArbeiterInnenbewegung und der Existenz der Sowjetunion als Systemalternative gezwungen,

vestiert, nicht geforscht, die Verbreitung von Wissen und Information wir sogar beschränkt, wie z.B. durch Acta. Wo Profite auf Basis von Ausbeutung von Mensch und Natur zu machen sind, steigen die Aktienkurse. Das alles hemmt den technischen Fortschritt. Wo auch immer der Kapitalismus versucht, ein Problem zu lösen, schafft er ein anderes. Biosprit, der als an-

sich in kaum einem anderen Land im Verhältnis zur Bevölkerung so viele Millionäre und Milliardenäre wie in Österreich. Laut der „Boston Consulting Group“ rangiert Österreich bei der Milliardärsdichte hinter Hong Kong und der Schweiz auf Platz 3. Das reichste Prozent der Österreicher besitzt 37 % des gesamten privaten Vermögens. Oder, in nackten Zahlen aus-

Der Kapitalismus ist nicht fähig, den Lebensstandard für den Großteil der Menschheit dauerhaft zu heben.

von globaler Erwärmung, Kriegen und Umweltzerstörung scheint die Zukunft des Planeten ungewiss. Hunger und Armut, früher scheinbar auf die sogenannte „dritte“ Welt beschränkt, kommen wieder nach Europa. Die Zukunft des sogenannten „Sozialstaats“ ist alles andere als sicher.

Der Kapitalismus ist ein System, in dem Profite mehr zählen als die Bedürfnisse der Menschen.

wenn Faymann meint, er lässt sich sein Österreich nicht schlechtreden. Nur weil die Arbeitslosenrate niedriger ist als in den anderen EU-Ländern, in denen die Krise bereits seit Jahren wütet, macht das die Zahlen nicht weniger schlimm. Wir sind dabei, aufzuholen. Unterdessen setzt die Troika (EU-Kommission, Europäische Zentralbank und IWF) in den sogenannten Peripheriestaaten das um,

Brotkrumen vom Nachkriegsaufschwung abzugeben. Österreichs Zukunft heißt Griechenland – wenn wir es nicht durch Widerstand verhindern.

Der Kapitalismus ist kein fortschrittliches System, sondern ein Hindernis für die Entwicklung der Menschheit. Es regieren die Profite und die Anarchie des Marktes. Wo keine Profite zu holen sind, wird nicht in-

geblich umweltschonende Alternative boomt, sorgt gemeinsam mit Spekulation zu rasant steigenden Lebensmittelpreisen und löst Hungersnöte aus.

Österreich ist das achtreichste Land der Welt. Aber bereits jetzt leben hier rund eine Million Menschen um oder unter der Armutsgrenze. Die Reallöhne stagnieren aufgrund niedriger Lohnabschlüsse seit Jahren. Umgekehrt tummeln

gedrückt: 469 Milliarden Euro (Österreichs BIP lag 2012 bei 307 Mrd. Euro). Mit diesem Geld könnten mit einem Schlag sämtliche Staatsschulden getilgt werden. Der Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsbereich könnte massiv ausgebaut werden. Aber das passiert nicht. Warum? Weil dieses Geld auf den Konten einiger weniger Superreicher liegt.

Laura Rafetseder



579.000 Frauen
in Österreich sind arm



1,4 Millionen Menschen
sind armuts- oder
ausgrenzungsgefährdet (17%).



Arme Menschen sterben
10 Jahre früher als Reiche.



278.000 Kinder und
Jugendliche unter 19 sind
armutsgefährdet (14,7%).

Zahlen und Fakten: Kapitalismus in Österreich

> Profite versus Löhne:

75 % haben wenig bis kein Vertrauen in die österreichischen Banken. Zu Recht: 13,6 Mrd. € erhielten die Banken seit 2008 aus Steuergeldern, Verlust für den Staat: mehr als 6 Mrd. €. Die Gewinne der Unternehmen sind 2000-08 um 62 % gestiegen. Die Gewinnbesteuerung liegt theoretisch bei 34 %, Österreichs Unternehmen bezahlen aber nur 17 %. Die Bruttolöhne der Arbeitnehmer sind seit 1995 real nur um rund 3 % gestiegen. Die Entwicklung der Netto-Reallohne in Österreich ist sogar rückläufig.

> **Arbeitslosigkeit:** Im Juli waren offiziell 6,7 % arbeitslos. Bei Männern gibt es ein Plus von 14,4 %, bei Frauen 10,6 % im Vergleich zum Vorjahr. 320.337 suchen einen Job, 63.864 davon stecken in Schulungen. Doch es gibt nur 28.192 offene Stellen. Auf 3.302 offene Lehrstellen kommen 8462 Lehrstellensuchende.

> **Frauen:** Sie verdienen im Schnitt um 24,3 % weniger als Männer. Bis zu 40 % beträgt die Einkommensschere. 579.000 (14 %) Frauen leben unter der Armutsgrenze, 6 % in akuter Armut. Die Armutgefährdung bei Alleinerzieherinnen liegt trotz Erwerbstätigkeit bei 28 %. Ein Drittel

aller Frauen schafft den Wiedereinstieg ins Berufsleben nach der Karenz nicht mehr. Die Erwerbsquote liegt nur bei 67,4 %.

> **Korruption** hemmt das Wachstum und hat 2012 geschätzte 27 Mrd. € gekostet. Nicht einmal das „Strafrechtsübereinkommen des Europarats über Korruption“ wurde ratifiziert – in Albanien ist es seit 2001, in Aserbaidschan seit 2004 in Kraft. 34 % des Managements in Österreich sagen, Schmiergeld gehört zum Geschäft. Vergaben der öffentlichen Hand an „Beraterfirmen“ & Co. boomen.

> **Arm und reich:** Das reichste 1 % der Bevölkerung besitzt 37 % des Reichtums, ca. 470 Mrd. €. Der Anteil „Vermögen“ am Gesamteinkommen beträgt 1,4 % – damit ist Österreich international Schlusslicht. Bis zu geschätzten 50 Mrd. € liegen in den 2.800 Stiftungen, eine Ersparnis für die Reichen von ca. 500 Mio. €/Jahr. Die zehn reichsten Einzelpersonen oder Familien verfügen gemeinsam über 63,5 Mrd. € und legen jährlich um 10 % zu. Gleichzeitig sind 431.000 Personen manifest arm und 1.246.000 Personen an oder unter der Armutsgrenze. Die ärmsten 50 % haben nur 2,2 % des Reichtums.

SLP wähler AKTIV wer

Die SLP ist eine junge, kämpferische, sozialistische Partei. Wir lehnen den Kapitalismus ab und arbeiten in Österreich und international an seiner Überwindung. Trotzdem treten wir zu Wahlen an, um unsere Ideen zu verbreiten.

Ein wichtiger nächster Schritt für ArbeiterInnen, Jugendliche und PensionistInnen im Kampf gegen die brutale Kürzungspolitik ist der Aufbau einer großen, neuen Partei. Diese wäre ein wichtiges Mittel, um AktivistInnen aus Gewerkschaften und sozialen Bewegungen zusammen zu bringen und so effektiven Widerstand leisten zu können. Die Forderung nach einer neuen ArbeiterInnen-Partei ist schon lange Bestandteil des SLP-Programms und damit auch unseres Wahlkampfes. Wir wollen im Kleinen zeigen, was eine neue ArbeiterInnen-Partei mit sozialistischem Programm anders macht als die Parteien der Herrschenden. Gleichzeitig gehen wir aber weiter als z.B. die Linke in Deutschland. Diese ist uneinig darüber, ob und wie der Kapitalismus zu stürzen ist, konzentriert sich v.a. auf Wahlkämpfe und schielt nach Regierungsbeteiligungen inklusive nötiger inhaltlicher Zugeständnisse.

Mit unserem Wahlkampfeslogan „Sozialismus statt kapitalistisches Chaos“ machen wir sehr deutlich, was unser Ziel ist. Und das ist auch notwendig: Die Forderungen unseres Wahlprogramms

stoßen v.a. in der Wirtschaftskrise an die Grenzen des Kapitalismus und gehen zum Teil darüber hinaus. Das liegt daran, dass der Kapitalismus kein System für Menschen, sondern für Profite ist. Da werden dann Forderungen, die menschliche Grundbedürfnisse betreffen, rasch „radikal“ – d.h. sie stellen die Kapitalismus und seine Logik in Frage. Wir lehnen dieses kapitalistische System ab und treten für demokratischen Sozialismus ein.

Kämpfen gegen Politik für Banken und Konzerne! Besonders in der Krise versuchen uns SPÖ, ÖVP & Co zu erklären, wir säßen alle im selben Boot. Dabei wird selten so klar wie jetzt, dass Kapitalismus eine Zwei-Klassen-Gesellschaft ist: Während bei uns gekürzt wird, machen die KapitalistInnen weiter Profite. Während wir unsere Jobs verlieren und in die Armut abgleiten, werden die AktionärInnen von Alpine & Co bis zuletzt mit fetten Dividenden bedacht. Diese Logik des Kapitalismus akzeptieren wir nicht und fordern: „Superreiche enteignen statt Massenentlassungen“. 10 Milliarden war die Summe des ersten Bankenrettungspaketes. Zeit, unser Geld zurückzuholen, um Armut effektiv zu bekämpfen! Daher: „10 Milliarden für Bildung und Soziales“.

Kämpfen gegen Arbeitslosigkeit, Prekarisierung & leeres Börs! Mit ca. 400.000 Arbeitslosen auf

28.000 freie Jobs haben wir derzeit die höchste Arbeitslosenrate der 2. Republik. Diejenigen, die eine Arbeit haben, müssen mit immer schwierigeren Bedingungen zu recht kommen. Reallöhne sinken, Leiharbeit etc. unterlaufen Kündigungsschutz und Kollektivverträge. Der Druck, trotz Krankheit zur Arbeit zu kommen oder Überstunden zu leisten, nimmt zu. Das Ergebnis sind eine Explosion von Erkrankungen wie Burn-Out etc.

Wir fordern die Einführung einer 30h-Woche, Einstellung von zusätzlichen Beschäftigten und eine Bezahlung, die Überstunden unnötig macht. Ausgehend von einer Arbeitszeit von derzeit 40 Stunden und 10 % geleisteten Überstunden u.a. durch fehlende Krankenstands- und Urlaubsvertretung, würde das mindestens so viele neue Jobs bringen, wie es Arbeitslose gibt! Eine solche Arbeitszeitverkürzung müsste bei vollem Lohn und unter Einführung eines Mindestlohnes von 1.700 € erfolgen, um Lohndumping abzustellen.

Parallel zu sinkenden Löhnen steigen die Kosten, z.B. die Mieten. Bei privaten Mietverträgen steigen die Kosten doppelt so stark wie die Löhne. Bei immer mehr Menschen verschlingt die Miete einen Großteil des Einkommens. Wir fordern, dass Wohnen nicht mehr als 10 % des Einkommens kosten darf.

n & den!



Das wird möglich durch Investitionen in öffentlichen Wohnbau, aber auch mit der Übernahme von Immobiliengesellschaften, um das Menschenrecht Wohnen nicht der Profitgier zu überlassen.

Kämpfen gegen Benachteiligung von Frauen! Frauen werden immer noch benachteiligt. Besonders bei Löhnen macht sich das bemerkbar: Frauen verdienen im gleichen Beruf bis zu 40 % weniger als ihre Kollegen. Statt wie die etablierten Parteien zum 8. März Krokodilstränen darüber zu vergießen, kämpft die SLP seit Jahren in Betrieb, Gewerkschaft und auf der Straße dagegen. „Gleiche Löhne ohne Wenn und Aber!“ soll deutlich machen: Wir müssen gemeinsam dafür kämpfen, statt auf die Gnade der Chefs zu warten!

Der Fall der Wiener „Abtreibungsärztin“, die Leben und Gesundheit von Frauen durch Behandlungsfehler gefährdete, zeigt: Sexualität ist auch eine soziale Frage! Die Ärztin bot Schwangerschaftsabbrüche für weniger Geld als anderswo an und lockte so besonders ärmere Frauen an, die dafür die schlechte Qualität in Kauf nehmen mussten. Viele öffentliche Spitäler weigern sich, den Eingriff vorzunehmen und setzen Frauen damit Behandlungen zweifelhafter Qualität aus. Wir fordern daher: „Möglichkeit zum Schwangerschaftsabbruch in jedem Spital!“ und die kosten-

lose Abgabe von Verhütungsmitteln.

Kämpfen gegen FPÖ und Abschiebungen! Die Abschiebungen von acht pakistanischen Flüchtlingsaktivisten aus dem Servitenkloster durch die Innenministerin hat „Ausländer“ wieder zum Wahlkampfthema gemacht. Dieses Thema ist den Herrschenden auch deutlich lieber als z.B. über Arbeitslosigkeit zu sprechen. Rassismus dient der Ablenkung von den wirklichen Problemen und ihren Ursachen. Die Antwort muss ein gemeinsamer Kampf von In- und AusländerInnen für Jobs und höhere Löhne sein.

MigrantInnen sind ArbeitnehmerInnen. Egal ob mit oder ohne Vertrag, sie arbeiten, meist zu niedrigeren Löhnen als ihre österreichischen KollegInnen. Gleichzeitig werden ihnen elementare Rechte wie das Wahlrecht, freie Wahl des Wohnorts und sogar das Recht legal zu arbeiten vorenthalten. Österreichische Beschäftigte und die Gewerkschaft haben ein Interesse daran, dass sie legal arbeiten können, damit MigrantInnen nicht als LohndrückerInnen eingesetzt werden können. Daher fordern wir: „Gleiche Rechte für alle, die hier leben!“.

Kämpfen gegen Korruption und Privilegien! 8.160.-€ verdient ein Abgeordneter zum Nationalrat monatlich. Damit sind sie soweit weg vom Großteil

der Bevölkerung, dass sie deren Interessen unmöglich noch verstehen können. Dazu kommen Einnahmen aus anderen Jobs und Posten in unbekannter Höhe. Sie haben mehr mit den Reichen gemeinsam als mit den Leuten, die sie angeblich vertreten. Nur logisch, dass sie nur Politik für Reiche und Unternehmen machen. Die beste Möglichkeit, das abzustellen: „Durchschnittseinkommen für PolitikerInnen!“

Korruption hat nicht nur die Politik erfasst, sie ist auch Alltag in der Wirtschaft, wie Telekom-Skandal, Eurofighter-Kauf u.a. beweisen. Besonders wichtig wird es für uns, zu wissen, wie es um die Finanzen eines Unternehmens steht, wenn es pleite geht. Was genau bei Dayli, Alpine, Niedermeier und hunderten anderen seit Jahresbeginn schief gelaufen ist, erfahren wir entweder zu spät oder nie. Darum fordern wir: Veröffentlichung der Finanzen in Wirtschaft und Politik!

Die Umsetzung unseres Programms wird nicht im Parlament entschieden. Es kommt darauf an, dass Menschen sich dafür einsetzen! Aus Gewerkschaften, Betrieben und von der Straße muss der Druck kommen, der dieses Programm möglich macht. Deshalb tritt der SLP bei und hilft mit, diesen Druck gemeinsam aufzubauen!

Tilman M. Ruster



Marx aktuell

Der bürgerliche Staat und all seine Institutionen wie Schule, Polizei, Gefängnis oder Parlament dienen in erster Linie der Aufrechterhaltung des Status quo – sprich: der Einzementierung kapitalistischer Ausbeutungsverhältnisse. Die etablierte Politik wird direkt oder indirekt von Lobbys und anderen VertreterInnen des Kapitals finanziert. Und die wenigen Linken werden vom System zerrieben oder integriert ... Warum also bei diesem verlogenen, verräterischen Spiel mitmachen?

Der Sozialismus wird nicht durch Wahlen erreicht. Und auch soziale und politische Reformen lassen sich auf Dauer nur durch ökonomischen Druck von unten erkämpfen. Das wussten Marx, Engels, Liebknecht und Luxemburg ebenso gut wie Lenin und Trotzki. Alles andere wäre weichgespülter Reformismus und „par-

Warum in Parlamente, die nichts bringen?

lamentarischer Idiotismus“, so Marx und Engels (18. Brumaire, 1852).

Doch dürfen MarxistInnen die „Volksvertretung“ als politische Tribüne nicht einfach den Herrschenden für ihre Zwecke überlassen. Das Stimmrecht ist nach Engels ein Gradmesser für das Kräfteverhältnis zwischen Arbeit und Kapital. „Aber es hat noch viel mehr getan. In der Wahlagitation lieferte es uns ein Mittel, wie es kein zweites gibt, um mit den Volksmassen da, wo sie uns noch ferne stehen, in Berührung zu kommen; alle Parteien zu zwingen, ihre Ansichten und Handlungen unseren Angriffen gegenüber vor allem Volk zu verteidigen“ (Einleitung zu *Klassenkämpfe in Frankreich*, 1895).

Schließlich ist der Großteil der Bevölkerung in nicht revolutionären Zeiten nicht in sozialen Bewegungen aktiv und hat Illusionen in den Parlamentarismus. Klassenkämpfe – Auseinandersetzungen zwischen Arm und Reich, oben und unten – finden nicht nur auf der Straße oder im Betrieb statt. Parteien, Regierungen, Gesetze und Medien sind ebenso Ausdruck eines gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses wie die Höhe der Löhne, das Sozialsystem, die Einkommensverteilung und die gesamte bürgerliche Gesellschaft, in der wir leben. Wir müssen die Grenzen des „demokratischen“ Systems aufzeigen; die Bevölkerung – die im Augenblick keine unabhängige Vertretung im Parlament besitzt – darüber aufklären, dass eine revolutionäre Umgestaltung nötig ist, und dass „die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen kann“ (Vorwort zum *Kommunistischen Manifest*, 1872). Das Gebot der Stunde ist der Wiederaufbau einer starken sozialistischen Bewegung – und diese wird um die Teilnahme an Wahlen nicht herumkommen, will sie sich nicht von der Mehrheit der Bevölkerung isolieren.

Im Vordergrund unserer Agitation und Propaganda jedenfalls steht der Aufbau einer Bewegung, „welche die Bildung nicht der Regierungs-, sondern der Oppositionspartei der Zukunft bezweckt“ (Marx, *Enttüllung über den Kommunistenprozess*, 1852). Ziel von MarxistInnen ist – anders als beim „sozialdemokratischen Philister“ – nicht die Beteiligung an einer bürgerlichen Regierung, sondern die Errichtung einer Räterepublik wie in der Pariser Kommune, wie in den Räten in Österreich, Ungarn, Deutschland und v.a. Russland ab 1917. Dort gab es Wahl- und Abwählbarkeit von Delegierten, die keinerlei Privilegien hatten und rechenschaftspflichtig waren.

Pablo Hörtner

Für Sozialismus - aber was ist das?

Glaubt man rechten amerikanischen KommentatorInnen, dann ist bereits der Vorschlag, allen BürgerInnen Zugang zum Gesundheitswesen zu geben „socialism“ und das Böse schlechthin. Und für manche „Linken“ ist Cuba

besessen und in einer geplanten Weise eingesetzt.“ Der Kern einer sozialistischen Gesellschaftsordnung ist die Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise. Die Konkurrenzwirtschaft führt zu Überproduktion, Kri-

sitz sind, wird für privaten Gewinn gewirtschaftet. Die Bedürfnisse der Gesellschaft und die individuellen Bedürfnisse sind im Profitsystem nicht von Bedeutung. Was gemeinsam für allgemeines Interesse geplant werden soll,

„tischen“ Alleinregierung) als Teil einer allgemeinen Gesellschaftsveränderung betrachtet. Sie wurden bürokratisch geführt und dienten v.a. als billige Zulieferbetriebe und damit als indirekte Subventionen für die Privatwirtschaft. Mit Sozialismus hat das nichts zu tun. Auch die historischen wie aktuellen „sozialistischen“ Länder haben mit Sozialismus wenig mehr als den Namen gemeinsam. Denn: Sozialismus braucht Demokratie, wie der Körper Sauerstoff. Eine bürokratisch von oben geplante Wirtschaft kann bestenfalls kurzfristig funktionieren. In den stalinistischen Staaten gibt/gab es keine unabhängigen Parteien, Gewerkschaften, ArbeiterInnenorganisationen. Denn die jeweils herrschende Kaste an der Spitze der „kommunistischen“ Parteien fürchtet sich vor einem Eingreifen der Massen in die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft. Wo Kritik als Verbot betrafft wird, gibt es keinen Sozialismus. Eine sozialistische/kommunistische Gesellschaft kann nur eine durch und durch demokratische Gesellschaft sein. Nur so kann wirklich im Interesse aller gewirtschaf-

tet werden, nur so können alle gemeinsam entscheiden, in welche Richtung man sich entwickeln will.

Aber funktioniert das? Sind Menschen nicht faule EgoistenInnen, die nur auf ihr eigenes Vorwärtskommen aus sind? Menschen werden von der Gesellschaft geformt, in der sie leben. Wir lernen von klein an, dass Egoismus gut und Solidarität schlecht ist, dass man nach oben buckeln und nach unten treten muss, um durchzukommen. Aber selbst in dieser Gesellschaft gibt es Solidarität. Unzählige Menschen sind in Gewerkschaften organisiert, weil sie wissen, dass sie nur gemeinsam etwas erreichen. 43,8 % der ÖsterreicherInnen leisteten 2006 freiwillige unbezahlte Arbeit für die Gemeinschaft (Pflege von Angehörigen nicht mitgerechnet). Tagtäglich zeigen Menschen, dass sie solidarisch sind. Die Gesellschaft, in der wir leben, verunmöglicht letztlich, dass diese solidarische Grundhaltung auch Grundlage der Wirtschaft wird. Eine demokratische, sozialistische Gesellschaft würde das volle Potenzial der Menschen freisetzen.

Jan Rybak

Die Grundlage einer jeden Gesellschaft ist ihre Wirtschaft. Notwendig ist eine demokratisch geplante, sozialistische Wirtschaft.

ein sozialistisches Paradies und die DDR war „Frühsozialismus“.

Wir sehen das anders. Albert Einstein schrieb 1949: „Unbegrenzte Konkurrenz führt zu einer großen Verschwendung von Arbeit und zu der Verkrüppelung des sozialen Bewusstseins der Individuen [...] Diese Verkrüppelung des Individuums halte ich für das größte Übel des Kapitalismus. [...] Ich bin überzeugt, dass es nur einen Weg gibt, diese schwerwiegenden Übel zu überwinden, nämlich durch die Errichtung einer sozialistischen Wirtschaft [...] In einer solchen Wirtschaft werden die Produktionsmittel von der Gesellschaft

sen und Chaos. Im Mittelpunkt einer sozialistischen Wirtschaft steht nicht mehr das Profitstreben, sondern die planmäßige Orientierung auf die sozialen, wirtschaftlichen, ökologischen etc. Bedürfnisse der Gesellschaft und der Menschen. Pläne gibt es auch im Kapitalismus. Jedes Unternehmen ist gezwungen zu planen. Doch diese Pläne sind zwischen den Betrieben aus Konkurrenzgründen nicht abgestimmt und dienen nur der Profitsteigerung. Daran ändern auch keine homöopathischen Eingriffe á la „Gemeinwohlökonomie“ etwas. Solange die Produktionsmittel (Maschinen, Grund, Arbeitsgeräte etc.) im privaten Be-

muss auch allen gehören. Nur wenn „die Produktionsmittel von der Gesellschaft besessen“ werden, ist sinnvolles Wirtschaften im Interesse der Menschen möglich.

Es gab (und gibt) Staaten, in denen der größte Teil der Wirtschaft in staatlicher Hand waren/sind. War das Sozialismus? In Österreich machte der Anteil der Verstaatlichten teilweise bis zu einem Drittel der Wirtschaft – dabei v.a. die „Schwergewichte“ (Stahl, Elektrizität, Bergbau etc.) – aus. Dies lag v.a. an den besonderen Bedingungen nach dem Krieg. Die Betriebe selbst wurden aber von keiner Regierung (auch nicht der „sozialis-

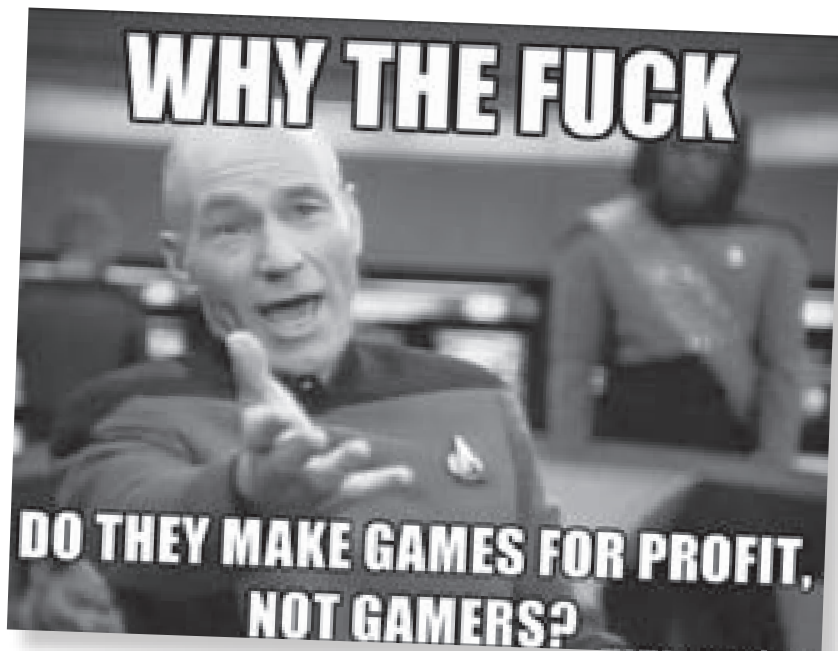
Kinder: neue Pflegekräfte!?

Eine Studie der Uni Wien brachte neue Zahlen über ein altes Problem. 43.000 Kinder und Jugendliche (5 - 18 Jahre) pflegen Angehörige (meistens Eltern) über längere Zeiträume. Diese „Young Carers“ machen regelmäßig den Haushalt, passen auf die Geschwister auf, kochen, gehen einkaufen, helfen bei Behörden- und Arztbesuchen und vor allem (und das ist die größte Belastung) betreuen sie die Pflegebedürftigen emotional. Vereinzelt geht es auch um Körperhygiene, aufsetzen helfen usw. Bezeichnend ist, dass 70 % von ihnen weiblich sind. So werden wieder mal sehr früh Geschlechterrollen einzementiert. Nicht umsonst ist Kinderarbeit verboten. So eine „Aufgabe“ stiehlt den Kinder über einen langen Zeitraum die Freizeit. Hinzu kommt die ständige Verantwortung und Sorge. Kinder werden früh in eine Erwachsenenrolle gedrängt. Das nimmt ihnen die Chance, einfach Kind zu sein. Die frühe Reife dieser Kinder wird dann auch noch als positiv verkauft!

Die Antwort von Politik und Institutionen ist verhöhrend. Die Diakonie erstellte eine Website, wo sich Betroffene Hilfe und Rat holen können, vor allem pflegerische „Tipps“,

außerdem werden „Workshops“ angeboten. Das heißt, den Kindern wird die Pflege „richtig“ beigebracht, damit sie „besser“ weitermachen können. Die Höhe ist der Hinweis von Hundstorfer, dass es bereits das Angebot eines zweiwöchigen Urlaubs für pflegende Angehörige gibt. Es wird wieder mal eine untragbare Situation verwaltet, anstatt das Problem zu lösen. 430.000 Pflegegeldbeziehern stehen insgesamt 120.000 Pflegekräften gegenüber. Das Pflegegeld reicht selten für professionelle Pflege. Denn diese ist teuer, rar und erfolgt unter schlechten Bedingungen. So müssen Angehörige (vor allem Frauen oder eben Kinder) diese Lücke füllen. Daneben gibt es noch eine weitere zynische „Lösung“: Rotes Kreuz und Konsorten propagieren im Interesse der Regierung wieder verstärkt die Freiwilligenarbeit. Der Staat will sich aus der Verantwortung stehlen. Schlechter ausgebildete und unbezahlte Kräfte dürfen das in ihrer Freizeit übernehmen. Das alles schadet nicht zuletzt den Pflegebedürftigen. Deshalb mit der SLP für 10 Milliarden für Bildung, Gesundheit und Soziales kämpfen!

Jan Millonig,
Krankenpflegeschüler



Spiele den SpielerInnen!

Die neue Generation von Spielkonsolen macht bei Steuerung (über Kamera & Mikrofon), Online-

spiel wird – mitschneiden, was im Raum passiert (z.B. Mimikanalyse beim Filmschauen) um Werbung auf

ken, SpielerInnen Geld aus der Tasche. Bei vielen Spielen kosten Add-Ons extra. Beispiel Skyrim: Rumpfspiel + 3 Erweiterungen = €130! Hier kommt es kaum noch zu nennenswerten Innovationen. HobbyprogrammiererInnen schaffen Abhilfe: Sie erstellen oft ganze Spielwelten und stellen diese gratis online. Sie sind es, die die mit Modifikationen (Mods) die langweilig gewordenen Originalspiele aufpeppen. Statt das zu fördern verschlüsseln viele Hersteller die Dateien, die zum modden nötig wären. Sie stellen sich also echten Innovationen in den Weg. Das Urheberrecht gehört abgeschafft!

Flo Klabacher

Kapitalismus vermiest uns das Spielen und verhindert echte Weiterentwicklung

fähigkeit & Rechenleistung zwar, Fortschritte, den Konzernen dahinter geht es aber um Profite: So plante Microsoft den Verkauf von Gebrauchtspielen für die Xbox One de facto zu verbieten, Spiele sollten im 24-Stunden-Takt Online aktiviert werden, „um Piraterie vorzubeugen“. Kamera & Mikrofon sollten – auch wenn nicht ge-

die Nutzer abstimmen zu können. Erst nach Protesten von SpielerInnen & DatenschützerInnen ruderte der Hersteller zurück.

Neue Konsolenspiele kosten ca. €70. Publisher wie EA ziehen mit jährlichen Updates alter Spiele (z.B. die FIFA-Serie), die sich auf aktuelle Lizenzen und kaum verändertes Gameplay beschrän-



Abtreibung kostenlos im Spital statt Pfuscher in Privatpraxen!

Endlich wurde ein Berufsverbot gegen jene Ärztin verhängt, in deren Praxis unprofessionelle Abtreibungen durchgeführt wurden. In den letzten vier Jahren mussten 16 Mal Frauen mit der Rettung ins Spital. Es kam zu schweren Blutungen, manchen Frauen mussten innere Organe entfernt werden. Seit Jahrzehnten schaut die Ärztekammer zu. Anstatt Patientinnen werden ÄrztInnen geschützt. Wirksam wäre nur eine Kontrol-

le durch Patientinnen gemeinsam mit unabhängigen MedizinerInnen und Gewerkschaften, die Missstände veröffentlichen und abstellen können. Das grundlegende Problem ist das Fehlen von kostenloser Abtreibung. Solange diese privat zu bezahlen sind, muss, wer nicht genug Geld hat, zum/r billigsten ArztIn gehen. Darum: Möglichkeit für kostenlose Schwangerschaftsabbrüche in jedem öffentlichen Spital!

Georg Kumer

Fundstück des Monats

Wer hat's gesagt?

„Gezielte Zuwanderung - Denn die Wirtschaft braucht ausländische ArbeitnehmerInnen, um zukunftsfähig zu bleiben.“

„Im Hinblick auf die demografische Situation und den Mangel an spezialisierten Arbeitskräften in der Wirtschaft treten wir für eine slowake und gesteuerte Zuwanderung ein.“

„Wir wollen Neuzuwanderung zu fairen und transparenten Bedingungen in dem Ausmaß ermöglichen, welches im Interesse der bereits in Österreich lebenden Menschen ist.“

© 2013 (C) 'p'news (C) 'news' (C) 'news'



USA: Sozialismus wird immer populärer

Die aktuelle wirtschaftliche Krise hatte einen desaströsen Effekt auf die Lebensbedingungen für ArbeiterInnen, Jugend und Arme in den USA. Seit 2007 haben Millionen ihre Häuser, ihre Jobs und ihre Gesundheitsversorgung verloren. Gleichzeitig wird bei bereits dürftigen öffentlichen Budgets gespart. Die herrschende Klasse versucht ständig, ArbeiterInnen zu überzeugen, dass alles nicht so

zum Mindestlohn einen Linksruck. Das steht im Kontrast zu Demokraten und Republikanern, die sich in diesen Fragen weiter nach rechts bewegt haben. Die Präsidentschaft von Barack Obama sollte Budgetkürzungen, Attacken auf demokratische Rechte, Abschiebungen etc. mit einem netten Image versehen – zumindest wenn es nach der herrschenden Klasse geht. Für einen gewissen Zeitraum

eine tiefgreifende Desillusionierung mit dem Zweiparteiensystem, nicht zuletzt auch wegen des NSA-Skandals.

Die Veränderung im Bewusstsein zeigt sich auch auf der Straße. 2011 haben wir die massiven Kämpfe der öffentlich Bediensteten in Wisconsin gesehen. Occupy Wall Street hat sich rasend schnell auf über 1.000 Städte in den USA verbreitet. Zuletzt ha-

mus“ gesehen wird. Das beste Beispiel für das wachsende Interesse an sozialistischen Ideen ist aber die Unterstützung auf Wahlebene, die SozialistInnen in einzelnen Städten erfahren. 2012 hat Socialist Alternative (die Schwesterorganisation der SLP in den USA) eine Kandidatin für die regionale Regierung in Washington aufgestellt. Obwohl Kshama Sawant und ihre Wahlkampagne ungleich we-

Er hat den Kampf gegen Delogierungen zu einem Schlüsselpunkt in seinem Programm gemacht und wird von einer Reihe wichtiger Gewerkschaften unterstützt. Im Moment ist das die stärkste und sichtbarste Kampagne in Minneapolis. In Boston steht Seamus Whelan vor einer schwierigeren Kampagne. Aber er hat eine Position in der Gewerkschaft der PflegerInnen, die eine wichtige Rol-

Die Krise bringt eine breite Desillusionierung über das traditionelle Zweiparteiensystem – sozialistische KandidatInnen gewinnen Unterstützung.

schlimm sei. Jedes Monat berichten die Medien über sich angeblich verbessernde Wirtschaftsdaten, aber diese Ankündigungen bleiben ohne Substanz. Sie berichten, dass die Arbeitslosenrate von 10 % 2009 auf 7,5 % zurückgegangen ist, aber der Anteil von Menschen in Beschäftigung an der Gesamtbevölkerung im arbeitsfähigen Alter sinkt. Er liegt nun bei 63,4 %, so niedrig wie zuletzt 1978.

Die Krise hat eine Veränderung im Bewusstsein bewirkt. Unter ArbeitnehmerInnen gab es in Fragen wie der Ehe für Homosexuelle, das Recht auf Abtreibung, bis hin

ist das auch gelungen. In den letzten fünf Jahren hat aber Obama seine Unterstützer völlig betrogen. Er hat mehr MigrantInnen abgeschoben als Bush, er hat unbemannte Drohnen eingesetzt. Seine Umfragewerte befinden sich wenig überraschend im freien Fall, besonders bei jenen Gruppen, die ihn am stärksten in seinen Kampagnen unterstützten. Sie sind in den letzten Monaten um 17 Prozentpunkte bei jungen WählerInnen und neun Prozentpunkte in der schwarzen Community gesunken. Die Gesellschaft, in der wir leben, wird mehr und mehr hinterfragt und es gibt

ben wir eine Serie von Streiks im Fast-Food-Sektor gesehen, einer der am schnellsten wachsenden Industrien in den USA. Von New York über Washington DC bis Seattle haben einige der am schlechtest bezahlten ArbeiterInnen für einen Stundenlohn von 15 \$ in der Stunde und das Recht auf gewerkschaftliche Organisation gekämpft. Am 29. August fand ein koordinierter Streiktag statt.

Gleichzeitig gibt es wachsendes Interesse an sozialistischen Ideen. Umfragen zeigen, dass besonders unter jungen Leuten „Sozialismus“ positiver als „Kapitalis-

niger Geld zur Verfügung hatten als ihr demokratischer Gegner, konnte sie 29 % bzw. 20.000 Stimmen gewinnen. Dieses Jahr kandidiert Socialist Alternative mit drei KandidatInnen für Sitze in Gemeinderäten in Seattle (Kshama Sawant), Minneapolis (Ty Moore) und Boston (Seamus Whelan). In der Vorwahl vom 6. August gewann Kshama bereits 35 % bzw. 40.000 Stimmen. Sie wird damit im November bei der Stichwahl gegen den demokratischen Gemeinderat Richard Conlin antreten. In Minneapolis ist Ty Moore als Anti-Delogierungsaktivist von Occupy Homes bekannt.

le in zukünftigen Kämpfen spielen kann. Obwohl diese Kampagnen noch sehr klein sind, fordern sie von Links die Demokraten heraus – das kann ein wichtiger Schritt in Richtung Aufbau einer neuen Partei die ArbeitnehmerInnen sein. Die Kampagnen sind Ausdruck der wachsenden Unterstützung für sozialistische Ideen. Sie werden den Schwung nutzen, um für eine Zukunft kämpfen, in der ArbeitnehmerInnen tatsächlich über ihr Schicksal entscheiden können.

Bryan Koulouris & Brettos,
CWI USA

www.socialistalternative.org

Wir bauen das CWI!

Vom 21.–26. Juli fand in Leuven in Belgien das internationale Sommerseminar des Komitee für eine ArbeiterInneninternationale statt, dessen Teilorganisation in Österreich die SLP ist. Es nahmen dabei Mitglieder aus über 30 verschiedenen Ländern teil, insgesamt fast 390 SozialistInnen.

So dicht wie die weltweiten Ereignisse des letzten Jahres drängte sich auch der Terminplan an diesen sechs Tagen: Im Fokus standen natürlich der Aufbau des Democratic Socialist Movement (DSM), bzw. auch der Workers and Socialist Party in Südafrika. Letztere wurde auf Initiative des DSM gegründet und ist auf dem Weg, die neue Massen-Kampfpartei zu werden. Die Proteste in der Türkei und wie man damit umgehen soll oder die Aufstände in Brasilien, in die AktivistInnen des LSR (Liberdade, Socialismo e Revolucao) maßgeblich involviert waren, bestimmten die Debatten ebenfalls.

Immer wieder teilten wir uns in kleinere Gruppen, um interessante und wichtige Themen zu diskutieren, die das Rüstzeug eines/r jeden MarxistIn heutzutage darstellen sollten. Um nur einige Auszüge daraus zu nennen: „Feministische Theorie – Bür-

gerliche versus Sozialistische“, „LGBT – Gleichheit, Homoehe und SozialistInnen“, „China – Ökonomische Verlangsamung – wohin nun?“, „Lateinamerika mit Fokus auf Brasilien, Venezuela und Kuba“ und „Nationalismus von Rechts und Links und die Sichtweise des CWI“. In der letzten genannten Kommission hielt auch ich eine Wortmeldung zu Nationalismus in Ex-Jugoslawien und den JMBG-Protesten in Sarajevo.

Das Fazit der Sommerschulung: Die Radikalisierung von ArbeiterInnen und Jugendlichen nimmt zu, und das weltweit. Der Aufbau des CWI als revolutionäre Internationale findet also unter verschärftem Druck statt, der Chancen, aber auch viele Gefahren birgt. Sei es in den USA (auch eine Sektion, die schnell wächst, besonders durch den derzeitigen Erfolg der Stadtratskandidatin Kshama Sawant in Seattle), in Süd-Asien, Nah-Ost, Afrika oder auch Lateinamerika: Die kommenden Jahre bergen das Potential für Revolutionen und auch brutale Konterrevolutionen. Das Kapital findet keinen Ausweg aus der Krise – die Antwort müssen wir liefern. Und das werden wir.

Clemens Wiesinger



Labour versus Gewerkschaften

In **Britannien** findet derzeit eine wichtige Entwicklung statt: Die Labour Party will auf einer Konferenz im Frühjahr

dennoch lange an der Idee festgehalten, die Labour Party verändern zu können, obwohl Labour bereits ab den frühen 90ern

bereits davor gemeinsam mit der Socialist Party (CWI in England & Wales) im Rahmen der Trade Union & Socialist Coaliti-

Wann, wenn nicht jetzt: Für eine neue Partei von ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen!

2014 die formelle Verbindung zu den Gewerkschaften aufkündigen. Sie war 1900 als ArbeiterInnenpartei gegründet worden, als politisches Instrument, um für Sozialismus zu kämpfen. Diese Konferenz ist vorläufiger Höhepunkt einer Entwicklung, die vor Jahrzehnten begonnen hat: die Verbürgerlichung von Labour. Viele der linken GewerkschaftsführerInnen in Britannien hatten

zu einer vollständig neoliberalen Partei geworden war. Manche hatten aber auch begonnen, sich von Labour zu trennen und diese nicht mehr zu finanzieren. Nun hat Bob Crow, Führer der RMT (Eisenbahn- und TransportarbeiterInnengewerkschaft), andere GewerkschafterInnen aufgerufen, gemeinsam eine Partei zu gründen, die „für ArbeitnehmerInnen spricht“. Die RMT hatte

on TUSC kandidiert. Dass Gewerkschaften Schritte in Richtung einer neuen ArbeiterInnenpartei setzen, ist eine Entwicklung, die auch in Österreich nötig ist. Denn auch hier ist die Verbindung von Sozialdemokratie und Gewerkschaften ein Hemmschuh, sowohl für Kämpfe als auch für die Entwicklung einer neuen politischen Kraft, die ArbeiterInnen wirklich vertritt.

Brettros

Nachrichten aus dem Komitee für eine ArbeiterInnenInternationale (CWI)

Berlin: Kampf in Uniklinik

Vor zwei Jahren wurde in der Berliner „Charité“ (Europas größte Uni-Klinik) fast drei Monate für einen Kollektivvertrag bei den HausarbeiterInnen und eine Lohnerhöhung gestreikt. Jetzt gibt es neue Auseinandersetzungen. Die Beschäftigten in der Pflege kämpfen für eine tarifvertragliche Festlegung einer Mindestpersonalbesetzung der Stationen, auch in den Nachtdiensten. Diesen schon lange nötigen Kampf tra-

gen sie auch in die Bevölkerung. Die Gewerkschaft gründete ein Solidaritätskomitee und in öffentlichen Protestaktionen, wie einem Flashmob im August, wird erklärt, dass mehr Personal auch im Interesse der PatientInnen ist. Mitglieder der „Sozialistischen Alternative“ (deutsche Schwesterorganisation der SLP) sind als BetriebsrätInnen und UnterstützerInnen aktiv am Kampf beteiligt.

www.sozialismus.info

1 Jahr Massaker von Marikana

Mehr als 5.000 BergarbeiterInnen versammelten sich in Marikana, Südafrika bei der Platin-Mine, wo die Polizei vor einem Jahr (16. August) ein Massaker an streikenden Bergleuten verübt hatte. Sie und Angehörige gedachten der 34 ermordeten KollegInnen. Liv Shange vom „Democratic Socialist Movement“ (DSM, CWI in Südafrika) machte klar, dass der Kampf für menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen wei-

tergeht. Das DSM spielt seit Beginn eine führende Rolle in der Bewegung. Durch die Gründung der neuen ArbeiterInnenpartei „Workers and Socialist Party“ (WASP) und die landesweite Vernetzung der Streikkomitees breitet sich der Kampf aus. So werden landesweite Aktionen vorbereitet, u.a. um Forderungen wie die demokratische Verwaltung der Wirtschaft durch die Gesellschaft.

www.socialistworld.net

UK: 45 Prozent!

Schottland: Gary Clark, Aktivist in der Kommunikationsgewerkschaft und der „Socialist Party Scotland“ (schottische Schwesterorganisation der SLP) kandidierte für den Regionalsekretär. Gary steht u.a. für ein kämpferisches Programm gegen die Privatisierung der Post. Die sozialdemokratische Bürokratie startete eine massive Kampagne gegen ihn und trotzdem bekam er 45%.

www.socialistpartyscotland.org.uk



Kleineres Übel oder große Katastrophe? SPÖ wählen?

Nicht ruhig am Wege stehen.

Gleich vorweg: Die Frage, die mir für diesen Beitrag gestellt wurde, werde ich nicht beantworten. Ob Linke SPÖ wählen sollen, lassen sich Linke nämlich nicht von anderen sagen. Das ist eine sehr eigene und bewusste Entscheidung. Ich will darlegen, was mich als Sozialdemokratin in der SPÖ bewegt und wo ich die notwendigen Herausforderungen sehe.

Die SPD ist in 150 Jahren ein Denkmal ihrer selbst geworden. Und so gilt für sie (...) der Satz von Robert Musil: „Auch Denkmäler sollten sich, wie wir alle es tun müssen, etwas mehr anstrengen. Ruhig am Wege stehen und sich Blicke schenken lassen, das kann jeder; wir dürfen von einem Monument mehr erwarten.“ (Heribert Prantl, Genosse Sisyphos, Süddeutsche Zeitung, 18.5.13)

So schrieb Prantl zum Gründungsjubiläum der SPD. Angesichts der gegenwärtigen Verhältnisse ist „mehr erwarten“ wohl ein understatement: Die Politik der konservativen Eliten, die Politik der radikalen Marktgläubigkeit, der Deregulierung und Umverteilung von unten nach oben hat Europa in die schwerste Krise seit den 1930er Jahren geführt. Noch nie waren so viele Menschen ohne Arbeitsplatz und von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Der Neoliberalismus ist gescheitert. Er ist sozial unzumutbar, wirtschaftlich unvernünftig und demokratiepolitisch gefährlich.

Wir brauchen einen radikalen Kurswechsel und die Sozialdemokratie muss

dabei eine wesentliche Rolle spielen. Das fordert notwendigerweise eine kritische Reflexion über den eigenen neoliberalen Ansmiegekurs. Aber wenn wir uns darauf konzentrieren, was die Erfolge und Stärke der sozialdemokratischen Bewegung ausmachen, kann die SPÖ wieder Hoffnungsträgerin einer solidarischen Gesellschaft werden. Die Sozialdemokratie war als Bildungs- und Demokratiebewegung erfolgreich. Sie entwickelte ihre Stärke, weil sie damit überzeugen konnte, dass Demokratie immer auch einen sozialen Gehalt hat und die soziale Frage auch eine emanzipatorische ist.

Viele hegen Zweifel, ob die Sozialdemokratie diese Bewegung wieder werden kann. Ich teile manche Zweifel. Dennoch bin ich überzeugt, dass die Sozialdemokratie durch ihre Geschichte und mit ihrer Programmatik das Zeug dazu hat, es richtig zu machen.

Eine sozialdemokratische Bewegung, die trotz aller Widerstände ihr Handeln an den Grundsätzen von Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität ausrichtet, kann Bündnisse schmieden und überzeugend für Unterstützung werben. Das ist kein ruhiger Weg und ziemlich anstrengend – aber es ist die notwendige Alternative. Davon bin ich überzeugt und darum bin ich Sozialdemokratin in der SPÖ.

Sonja Ablinger,
Abgeordnete
zum Nationalrat der SPÖ
sowie SPÖ-Kultursprecherin

Angesichts der Nationalratswahl drucken wir hier ein Pro und Contra zur Frage, ob Linke die SPÖ wählen sollen, bzw. wer die SPÖ wählen kann, ab. Mit Beiträgen von Sonja Ablinger, Abgeordnete der SPÖ zum Nationalrat und Sebastian Kugler von der SLP.

Raus aus der Sackgasse!

Die Frage, ob Linke die SPÖ unterstützen sollen, ist keine Private, sondern ein fundamentales Problem linker Politik. Die SPÖ ist seit mehr als 20 Jahren Akteur des gesamtpolitischen Rechtsrucks und verantwortlich für unzählige neoliberale „Reformen“. Sie hat die Verstaatlichte zerschlagen und Sparpaketen nicht nur zugestimmt, sondern sie mitgeschnürt. 1 % besitzen 37 % des Reichtums. Der Sozialabbau der SPÖ hat die FPÖ groß gemacht. Die SPÖ hat jeder rassistischen Gesetzesverschärfung zugestimmt. Täglich werden sieben Menschen abgeschoben.

Ob die SPÖ ein Vehikel zur Veränderung ist oder werden kann, zeigt die Praxis: Bewegungen gegen Sozialkürzungen in der Steiermark und in Oberösterreich. Der Kampf der Öffentlich Beschäftigten gegen die Nulllohnrunde. Die Flüchtlingsbewegung. Keine dieser Bewegungen wird von der SPÖ unterstützt, im Gegenteil, sie ist ihre direkte Gegnerin.

International ist die Sozialdemokratie kein Teil des Kampfes gegen das Spardiktat der EU, sondern setzt es um. Papandreou, Zapatero, Brown, Sócrates und Schröder sind Sozialdemokraten!

Die SPÖ ist kein kleineres, sondern das effektivere Übel, weil sie Linke an sich bindet, ohne selbst einen Mikrometer nach links zu gehen. Eine innerparteiliche Linke ist nicht existent. Einzelne haben keinen Einfluss auf den Kurs. Wie die Partei

mit organisierter Opposition umgeht, zeigte sich in den Hexenjagden gegen die Gruppe „Vorwärts“, aus der die SLP hervorging. Dass nun sogar Sonja Ablinger, die den größten Teil der SPÖ-Politik mitträgt, ins Fadenkreuz gerät, zeigt das Ausmaß der Degeneration.

Eine neue Linke ist notwendig. Diese kann nur aus sozialen Kämpfen erwachsen. Viele, die noch in der SPÖ sind, können BündnispartnerInnen beim Aufbau einer neuen Linken sein. Sobald sie kämpfen, sehen sie, dass „ihre“ Partei auf der anderen Seite steht. Kämpferische Gewerkschaftspolitik ist heute nur gegen die SPÖ möglich. Wir stehen an der Seite all jener, die es von links mit der SPÖ-Bürokratie aufnehmen. Aber heute noch Menschen, die links aktiv werden wollen, auf die SPÖ zu orientieren, ist ein Fehler und hemmt die Entwicklung einer neuen Linken. Es ist für Linke in der SPÖ, wie die GPA-DJP Jugend in einer Aussendung über die Flüchtlingsbewegung schreibt, „höchst an der Zeit, dass diese ihre eigenen Überzeugungen nochmals mit den Werten ihrer Partei oder Organisation vergleichen und sich überlegen, ob diese noch zusammenpassen, um schlussendlich die notwendigen Schritte zu setzen.“

Sebastian Kugler,
Mitglied der Bundesleitung der
Sozialistischen Linkspartei

SLP-Programm genau erklärt:

SPÖ und Grüne sind keine politische Alternative. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische so-

mit dem gewerkschaftsfeindlichen Team Stronach zurück. Beide sind eine stumpfe Waffe gegen die FPÖ, weil sie die Leute dieser in die Arme treiben. Sie bekämpfen Rassismus – wenn über-

Diskussion über politische Inhalte und Ausrichtung gibt. Eine Partei, die Ausdruck realer Bewegungen ist, die Streiks und Kämpfe unterstützt und ihnen eine politische Richtung gibt. Eine solche Partei kann nicht am Reißbrett entstehen. Sie kann nur das Ergebnis von Bewegungen sein, damit ihre Strukturen „Fleisch“ bekommen. Sie braucht demokratische Strukturen, um Raum für diese Debatten zu haben. Und sie braucht ein sozialistisches Programm, um nicht vor der kapitalistischen Sachzwanglogik zu kapitulieren. Die SLP unterstützt jeden Schritt in Richtung neuer ArbeiterInnenpartei – wir werden Teil dieser neuen Projekte sein.

Webtipp:
www.slp.at

Was es dringend braucht, ist eine neue ArbeiterInnenpartei.

zialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.

Die Regierungspartei SPÖ beweist täglich, dass sie nicht die Interessen der ArbeitnehmerInnen vertritt. Die Grünen biedern sich bei der ÖVP an und schrecken mittlerweile nicht einmal vor einer Zusammenarbeit

haupt – maximal auf einer moralischen Ebene. An der Regierung betreiben sie Sozialabbaupolitik. Für die FPÖ ist es ein leichtes, den berechtigten Unmut aufzugreifen. Was es braucht, ist eine neue ArbeiterInnenpartei, in der sich Jugendliche, Arbeitslose, PensionistInnen und ArbeitnehmerInnen organisieren können. Eine Partei, in der es Möglichkeit zu

„Hoch die Internationale Solidarität“

Die SLP ist die österreichische Sektion des „Committee for a Workers International“ (CWI). In über 45 Ländern kämpfen die Mitglieder des CWI gegen den Kapitalismus. Das Kapital ist international organisiert – der Widerstand dagegen muss es auch sein. Wir sind kein „Netzwerk“ nationaler Organisationen, sondern eine Weltorganisation mit lokalen Sektionen. Mehrmals im Jahr disku-

tieren bei internationale Treffen CWI-AktivistInnen aus aller Welt über Perspektiven, Strategien und Erfahrungen im Kampf für Sozialismus. Es gibt auch praktische Zusammenarbeit. So führt die SLP aktuell Solidaritäts- und Spendenkampagnen für unsere Arbeit in Griechenland, Kasachstan, Südafrika und Chile durch. Bei den Flutkatastrophen in Pakistan und Sri Lanka organisierten

wir finanzielle Hilfe, die teilweise als erste ankam, weil unsere Schwesterorganisationen demokratische Wiederaufbau-Komitees unterstützt – ein effektiverer Ansatz als die bevormundende „Friss oder stirb“-Attitüde von NGOs. Wir organisieren internationale Proteste z.B. gegen Rassismus und arbeiten für einen europaweiten Streiktag gegen die Krisenpolitik. Werde auch Du Teil des CWI!



1 Minute Solidarität wird mit € 250 - € 370,- bestraft!

SLPlerInnen waren Teil der Proteste die versuchten, die Abschiebungen von acht Flüchtlingen zu verhindern. Doch Solidarität ist unerwünscht bei Regierung und Polizei. Mehrere AktivistInnen der SLP sollen nun Strafen von € 250-€ 370,- (manche sogar zwei davon) zahlen, weil sie nicht einfach zu-

lassen wollten, das Menschen in eine gefährliche, vielleicht sogar tödliche Zukunft abgeschoben werden. Solche Strafen sollen uns einschüchtern und davon abhalten, in Zukunft zu protestieren. Das wird ihnen nicht gelingen – auch mit deiner Hilfe. Die SLP-AktivistInnen sind Studierende und Menschen mit niedrigem Einkommen. Lassen wir sie nicht mit diesen Strafen alleine!

KontoNr.: 8812.733, BLZ: 60000

Verwendungszweck: Strafen

Die SLP-Treffpunkte

GMUNDEN

SLP-Ortsgruppe
jeweils Montag, 18⁰⁰ Uhr
im *'Wiener Café'*
Esplanade Gmunden

NIEDERÖSTERREICH

unregelmäßige Treffen
Infos per E-Mail slp@slp.at

WIEN

SLP-Sommer-Ortsgruppe
jeweils Mittwoch, 19⁰⁰ Uhr
in der *'Pizzeria La Piazza'*
20., Gaussplatz 7, Linie 31; Linie 5A

11. September: Demokratie unter Beschuss – für Profite gehen sie über Leichen

18. September: Für eine neue ArbeiterInnenpartei mit Heidrun Dittrich,
Bundestagsabgeordnete DIE LINKE

GRAZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Mittwoch, 18⁰⁰ Uhr
im *'Stockwerk'*
Jakominiplatz 18

LINZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Montag, 19⁰⁰ Uhr
im *'Alte Welt'*, Hauptplatz 4

SALZBURG-STADT

SLP-Ortsgruppe
jeweils Dienstag, 19⁰⁰ Uhr
im *'Shakespeare'*
Hubert-Sattler-Gasse 3
Nähe Mirabellplatz

Zahlreiche Termine und Veranstaltungshinweise auf www.slp.at



Kein SLP-Treffen in der Nähe?
Wir helfen Dir beim Aufbau!

Andere über uns



Prominente Wahlunterstützung für die SLP: Heidrun Dittrich, Bundestagsabgeordnete für DIE LINKE in Deutschland, ruft dazu auf, am 29.9. SLP zu wählen. Heidrun ist eine konsequente Kämpferin für ArbeitnehmerInnen, für Arbeitslose und Jugendliche – im und außerhalb des Bundestags. Erst vor kurzem ist sie unserer deutschen Schwesterorganisation SAV beigetreten. Danke für die Unterstützung!

VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

seit September 2011:

Neues, handliches Format

Neues, modernes Design

Mehr Berichte & Analysen aus sozialistischer Sicht

Jahres-Abo (10 Ausgaben)

€ 24,- Normal-Abo

€ 14,- Sozial-Abo für Menschen ohne eigenem Einkommen

ab € 7,-/Monat: **Alles inklusive Abo** (alle Publikationen der SLP)



VORWÄRTS Jetzt abonnieren: www.slp.at

Abo-Zahlungen & Spenden: PSK (BLZ 60 000) Kto-Nr. 8812.733



Pro Choice für Abtreibung

Mehr auf Seite 5

FPÖ bekämpfen!

Blau ist keine Alternative zu Korruption und Sozialabbau!

Wieder ist Wahlkampf und wieder versucht die FPÖ, sich dem „kleinen Mann“ als Opposition zu SPÖ-VP zu präsentieren. Was die FPÖ einen „Positivwahlkampf“ nennt, ist der Versuch, nach den diversen Wahlschlapfen Fuß zu fassen. Hinter dem Geschwafel von „Nächstenliebe“ finden sich rassistische Hetze gegen AsylwerberInnen und andere MigrantInnen und vor allem nationalistische Scheinlösungen für die Krise.

Klar, dass viele Menschen (zurecht wütend und von der Regierung geschröpft) sich nach Veränderung sehnen. Die FPÖ bietet diese nicht. Sie steckt selbst tief im Korruptionssumpf (Scheuch, Graf, Rumpold...). Ihre „Lösungsansätze“ sind rassistisch und stützen die heimischen Kapitalinteressen, nicht den „kleinen Mann“. Eine Stimme für die FPÖ gibt der Politik bloß eine Steilvorlage für die Umsetzung ihrer Kürzungsorgien. Denn der Rassis-

mus der FPÖ spaltet uns und erschwert Widerstand gegen kommende Angriffe auf Löhne und Soziales. Die FPÖ ist selbst eine neoliberale Partei, die die heimischen Superreichen beschützen will, auf Kosten von ArbeitnehmerInnen, Arbeitslosen und Jugendlichen jeglicher Herkunft. Was wir brauchen, ist eine sozialistische Alternative, die sich im Interesse der ArbeiterInnenklasse kämpferisch gegen das kapitalistische Chaos stellt!

Moritz C. Erkl



Die Sozialistische Linkspartei Wofür wir stehen!

- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.200 Euro netto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.

- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Ausreichend Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit. Keine Kooperation & kein Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie BFJ, NVP & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik,

sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.

- Hunger, Krieg, Armut & Verschuldung sind die Folge imperialistischer, neokolonialer Politik. Für internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten und der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.